

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Delia Susanne Klages und Thorsten Paul Moritze (AfD)

**Rückruf bereits zugesagter Krankenhausfördermittel in Niedersachsen - Gefährdung der
Krankenhauslandschaft durch nachträgliche Widerrufe?**

Anfrage der Abgeordneten Delia Susanne Klages und Thorsten Paul Moritze (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 29.05.2026

Aus einem vorliegenden Dokument zur Klinikum Wilhelmshaven gGmbH geht hervor, dass das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS) einen Widerruf bereits bewilligter Fördermittel in Höhe von 99 Millionen Euro für ein Klinikbauvorhaben in Aussicht stellt. Grundlage hierfür soll ein Ratsbeschluss vom 2. Juli 2025 zum Bau eines Zentralklinikums sein. Nach Darstellung des Dokuments drohen im Falle eines Widerrufs erhebliche Rückforderungen, Zinsforderungen sowie möglicherweise die Insolvenz des Klinikums. Das Dokument beschreibt zwei vom MS dargestellte Alternativen. Während die sogenannte „Alternative 1“ Rückzahlungen in Höhe von insgesamt rund 54 Millionen Euro und eine mögliche Insolvenz des Klinikums vorsieht, solle bei „Alternative 2“ ein Teil der Förderfähigkeit anerkannt werden. Gleichzeitig werde ein äußerst kurzer Zeitrahmen gesetzt, innerhalb dessen Entscheidungen und Vertragsbeendigungen erfolgen sollen.

1. Auf welcher konkreten gesetzlichen Grundlage erfolgt der in Aussicht gestellte Widerruf des Fördermittelbescheides für das Klinikbauvorhaben der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH?
2. Welche Voraussetzungen müssen nach Auffassung der Landesregierung erfüllt sein, damit bereits bewilligte Krankenhausfördermittel zurückgerufen oder widerrufen werden können?
3. Welche Bedeutung misst die Landesregierung abgeschlossenen Genehmigungs- und Förderverfahren im Hinblick auf Vertrauensschutz und Planungssicherheit der Krankenhausträger bei?
4. Welche konkreten Änderungen oder Abweichungen vom ursprünglich genehmigten Vorhaben sieht die Landesregierung im Fall Wilhelmshaven gegebenenfalls als so erheblich an, dass ein Widerruf der Fördermittel gerechtfertigt erscheint?
5. Wie viele Fälle gab es seit dem Jahr 2010 in Niedersachsen, in denen bereits bewilligte Krankenhausfördermittel ganz oder teilweise widerrufen, zurückgerufen oder zurückgefordert wurden?
6. Welche Gesamtsumme an Krankenhausfördermitteln wurde seit 2010 in Niedersachsen zurückgerufen oder zurückgefordert?
7. Welche Krankenhäuser oder Krankenhausgesellschaften waren hiervon betroffen?
8. Welche Auswirkungen hätten Rückforderungen in der dargestellten Größenordnung nach Einschätzung der Landesregierung auf die wirtschaftliche Stabilität kommunaler Krankenhausträger?
9. In wie vielen Fällen hat die Landesregierung bei Rückforderungen oder Widerrufen von Krankenhausfördermitteln gegebenenfalls eine mögliche Insolvenz oder wirtschaftliche Existenzgefährdung des jeweiligen Krankenhausträgers geprüft?
10. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung durch mögliche Rückforderungen auf die Investitionsbereitschaft kommunaler Krankenhausträger in Niedersachsen?
11. Sieht die Landesregierung eine Gefahr, dass Krankenhausträger künftig aus Sorge vor späteren Rückforderungen notwendige Investitionen unterlassen oder verzögern könnten?

12. Welche Auswirkungen könnten aus Sicht der Landesregierung wiederholte Rückforderungen oder Widerrufe von Fördermitteln auf die langfristige Krankenhausplanung in Niedersachsen haben?
13. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage, dass durch Rückrufaktionen von Fördermitteln bewusst oder unbewusst die Krankenhauslandschaft in Niedersachsen nachhaltig gestört oder geschwächt werden könnte?
14. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung gegebenenfalls, um sicherzustellen, dass Krankenhäuser trotz laufender Strukturreformen weiterhin über ausreichende Planungssicherheit verfügen?
15. Welche Rolle spielt die aktuelle Krankenhausreform des Bundes bei der Bewertung und Behandlung bereits bewilligter Krankenhausförderungen in Niedersachsen?
16. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung speziell für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum, wenn kommunale Krankenhausträger aufgrund finanzieller Risiken Investitionen zurückstellen oder aufgeben?
17. Wurden im Zusammenhang mit dem Fall Wilhelmshaven Gespräche mit der Kommunalaufsicht, dem Finanzministerium oder anderen Ressorts geführt? Falls ja, mit welchem Ergebnis?
18. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um bereits begonnene oder genehmigte Krankenhausbauprojekte trotz veränderter Strukturplanungen rechtssicher fortzuführen?
19. Welche Kriterien legt die Landesregierung zugrunde, um zwischen wirtschaftlicher Schadensbegrenzung des Landes und der Sicherung der Krankenhausversorgung abzuwägen?
20. Hält die Landesregierung den im vorliegenden Dokument dargestellten Zeitrahmen für realistisch und sachgerecht, insbesondere angesichts der Tragweite möglicher Rückforderungen und Insolvenzrisiken?
21. Wie bewertet die Landesregierung die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen Wilhelmshaven und Friesland im Hinblick auf die langfristige Sicherstellung zweier eigenständiger Krankenhausstandorte, falls kein gemeinsamer Klinikstandort zustande kommt?
22. Welche Auswirkungen hätte nach Einschätzung der Landesregierung das Scheitern eines gemeinsamen Klinikstandortes auf die wirtschaftliche Stabilität der beteiligten Krankenhausträger sowie auf die zukünftige Investitionsfähigkeit der betroffenen Kommunen?
23. Hält die Landesregierung die Stadt Wilhelmshaven unter den derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen für in der Lage, ein eigenständiges neues Klinikum dauerhaft wirtschaftlich zu errichten und zu betreiben?
24. Liegen der Landesregierung Berechnungen, Gutachten oder Szenarioanalysen zur langfristigen Tragfähigkeit getrennter Klinikstandorte in Wilhelmshaven und Friesland vor? Falls ja, zu welchen Ergebnissen kommen diese?
25. Welche Risiken sieht die Landesregierung gegebenenfalls für die regionale Krankenhausversorgung, falls aufgrund finanzieller Belastungen weder ein gemeinsamer Klinikstandort noch zwei dauerhaft tragfähige Einzelstandorte realisiert werden können?